

Behinderte kommen an die Kasse, die Spitex erhält eine Galgenfrist

Am zweiten Tag der Spardebatte ging es am Mittwoch um die zwei wohl umstrittensten Posten im Entlastungspaket: die Sparmassnahmen im Behindertenbereich und bei der Spitex. Lediglich die Spitex erhielt ein bisschen Gnade.



Die kantonale Spardebatte im Berner Rathaus geht am Mittwoch weiter.
Bild: twitter.com/@kanton_bern

21 Stunden waren für die Finanzdebatte im Grossen Rat vorgesehen. Doch bereits ist absehbar, dass die Diskussion ums Sparen diese Woche noch nicht abgeschlossen wird. Das Ratsbüro berief gestern Abend sogar eine Krisensitzung ein, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Bei den ausschweifenden Debatten mag eine Rolle spielen, dass es sich um die letzte vollständige Session vor den Wahlen im März handelt. Am Mittwochmittag, nach 16 Stunden Debatte, war das Parlament jedenfalls noch nicht einmal bei der Hälfte der Posten angelangt. Dafür aber bei den wohl umstrittensten: den Sparmassnahmen im Behindertenbereich und jenen bei der Spitex.

Viele Reden und leere Sitze

Im Behindertenbereich kämpften SP, Grüne und EVP vergeblich gegen eine lineare Kürzung der Staatsbeiträge für Heime. Ebenfalls chancenlos blieb ein Kompromissvorschlag der GLP, der die linearen Kürzungen nicht per sofort, sondern schrittweise umsetzen wollte. Das Parlament genehmigte vollumfänglich die Sparmassnahme von 6,4 Millionen Franken, ebenso die weiteren umstrittenen Kürzungen im Behindertenbereich von insgesamt 2,8 Millionen Franken.

Dem Entscheid war eine Redeflut von linker Seite vorausgegangen: Antragsteller, Fraktions- und Einzelsprecher appellierten in diesem sozialdemokratischen Kernthema immer wieder an das Gewissen der Bürgerlichen. Diese glänzten vor allem in den Reihen der SVP mit Abwesenheit. Und zwar dermassen, dass Grossratspräsidentin Ursula Zybach (SP, Spiez) warnte, der Rat sei nicht mehr beschlussfähig, wenn noch fünf weitere Personen den Saal verliessen. Mindestens 81 der 160 Grossräte müssen zur Beschlussfähigkeit anwesend sein.

«Es ist absolut despektierlich, dass nur wenige von der SVP hier sind und dass ihr nicht zuhört, wenn es um Behinderte geht», erzürnte sich SP-Fraktionschefin Elisabeth Striffeler (Münsingen). Martin Schlup (SVP, Schüpfen) konterte: «Bei der Rednerliste der letzten Stunde wähnte ich mich an einer Delegiertenversammlung der SP.»

Frontalangriff auf Spitex

Sehr präsent war die SVP hingegen beim zweiten umstrittenen Themenbereich, der Spitex. Einer der ihren spielte darin sogar eine Hauptrolle: Lars Guggisberg (Kirchlindach), der im Vorstand des kantonalen Spitex-Verbands sitzt. Er wehrte sich gegen die Kürzungen von 8 Millionen Franken bei der Versorgungspflicht für die öffentliche Spitex.

Zwar fand sein Antrag auch mithilfe der Linken keine Mehrheit, aber eine abgeschwächte Sparvariante der Finanzkommission. Diese gibt der Spitex ein Jahr Galgenfrist, um ein neues Finanzierungsmodell auszuarbeiten, das leistungsorientierter ist als das bisherige. Heute wird die Versorgungspflicht mit Pro-Kopf-Beiträgen eines Spitex-Einzugsgebiets abgegolten. Mit einem neuen System soll die Spitex ab 2019 6 Millionen Franken sparen – und nicht 8, wie die Regierung vorgeschlagen hatte.

Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) hatte erklärt, mit diesem Kompromiss leben zu können. Allerdings griff er in seiner Rede die öffentliche Spitex frontal an. «Es ist nicht Aufgabe des Staates, aufgeblähte Organisationen zu finanzieren», sagte er. Es gebe bei einigen davon Bereiche, die man aufheben könnte, ohne Dienstleistungen für Patienten zu gefährden.

Er unterstellte den öffentlichen Anbietern bösen Willen, weil sie sich bei einer Umfrage der Gesundheitsdirektion nicht beteiligt hätten. Private Organisationen hätten anstandslos die gewünschten Daten geliefert. Spitex-Verantwortliche vor Ort schütteln ob den Vorwürfen den Kopf. Schnegg habe innerhalb von zwei Wochen Antworten verlangt. Das sei nicht möglich gewesen.

Patienten zahlen mehr selber

Während die öffentliche Spitex mit einer abgespeckten Sparvariante davongekommen ist, kommen ihre Patienten wie vorgesehen an die Kasse: Das Parlament hat der Erhöhung der Patientenbeteiligung zugestimmt, um so 13 Millionen Franken zu sparen. Hier monierten die Gegner, diese Massnahme verschiebe Kosten auf Gemeinden und Ergänzungsleistungen.

Gesundheitsdirektor Schnegg nahm ihnen aber den Wind aus den Segeln: Brutto spare der Kanton mit dieser Massnahme 22 Millionen Franken. Er gehe davon aus, dass dadurch bei den Ergänzungsleistungen 9 Millionen Franken Mehrkosten entstünden. Diese seien also beim Sparziel von 13 Millionen Franken bereits abgezogen.

Die Gemeinden seien von den Mehrkosten bei den Ergänzungsleistungen zudem nicht betroffen: Es handle sich um Krankheits- und Behindertenkosten, die der Kanton alleine trage. (Berner Zeitung)

Erstellt: 29.11.2017, 10:36 Uhr